

Haushaltsrede von Bürgermeister Keller zur Einbringung des Haushaltsplans 2020

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der frisch gedruckte Entwurf des Haushalts für das Jahr 2020. Das ausführliche Zahlenwerk gibt Auskunft über das, was wir Aufwenden für das, was wir müssen; für das, was wir wollen und für das, was wir investieren. Der Haushaltsplan macht deutlich, welche Gestaltungsspielräume wir (nicht) haben. Er legt Zeugnis darüber ab, inwieweit die Aufgaben, die uns von Bund und Land auferlegt wurden, Gegenfinanziert werden. Er zeigt uns, welche Investitionen in den Bestand notwendig sind, um Substanz zu erhalten. Er fordert uns, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Einnahmenseite zu verbessern und die Ausgabenseite zu konsolidieren. Der Haushaltsplan ist eine Standortbestimmung, er benennt die Verpflichtungen aus der Vergangenheit und weist auf die Herausforderungen der Zukunft.

Notwendig für eine Standortbestimmung ist eine offene Darstellung der Lage. Wir legen ihnen einen ungeschönten Haushalt vor, der einen transparenten Blick ermöglicht. Der vor allem einen transparenten Blick ermöglicht auf unsere Investitionsrückstände und Sanierungsbedarfe. Der einen transparenten Blick ermöglicht auf die Aufwendungen, die wir für unsere Pflichtaufgaben erbringen müssen. Der transparent darlegt, welche Kapazitäten die Verwaltung braucht, um den Ansprüchen, Aufgaben und Erwartungen gerecht werden zu können, die an sie herangetragen werden. Ein Haushaltsplan, der sich transparent an den Handlungsbedarfen orientiert und kein Wunschkonzert vorstellt. Dementsprechend präsentiere ich Ihnen nun keine Bunte-Bilder-Show, sondern transparente Grundlagen für das Jubiläumsjahr 2020, das eben nicht nur unter dem Motto steht „**wir feiern uns**“ und für das wir uns wieder einiges vorgenommen haben:

Wir strukturieren uns: mit der im Frühjahr begonnenen Umsetzung der Organisationsentwicklung haben wir den entscheidenden Schritt unternommen, unsere Verwaltung an die aktuellen Bedürfnisse anzupassen. Dazu gehört vor allem die Ehrlichkeit aufzuzeigen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wir in allen Bereichen unserer Stadtverwaltung benötigen, um den gewachsenen Aufgaben, dem bürokratischen Mehraufwand und den berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nach einer hohen Servicequalität und Beteiligung gerecht werden zu können. Wir haben uns alle diese Aufgaben nicht selbst ausgesucht. Städte- und Gemeindegtag haben bereits mehrfach darauf verwiesen, dass Regelungen wie die DSGVO oder der neue Umsatzsteuerparagraf 2b einen erheblichen verwaltungsinternen Mehraufwand bedeuten, ohne dass sich dieser

nach außen bemerkbar macht. Bemerkbar macht er sich in den benötigten personellen Ressourcen ebenso wie die weiter steigende Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen. Auch dem berechtigten Informations- und Beteiligungsbedürfnis der Öffentlichkeit müssen und wollen wir Rechnung tragen. Gleichzeitig gilt es, verwaltungsinterne Abläufe effizienter zu gestalten und auch hier die Veränderungen der letzten 25 Jahre abzubilden. Denn 25 Jahre ist es her, seit die Organisation im Rathaus zum letzten Mal den Aufgaben angepasst wurde. Gleichzeitig gilt es, das Rathaus fit zu machen für die Digitalisierung. Dies alles benötigt Ressourcen und ist mit der vorhandenen Manpower nicht zu schaffen. Wir brauchen Verstärkung vor allem in den Schlüsselbereichen Bildung, Gebäudemanagement und Stadtplanung und bei den zentralen Diensten (Finanzen, Personal). Auch in der allgemeinen Verwaltung wurde der tatsächliche Stellenbedarf in den zurückliegenden Jahren nicht adäquat berücksichtigt und muss an die aktuellen Anforderungen angepasst – letztendlich angehoben – werden.

Nicht nur in der Wirtschaft, auch im öffentlichen Dienst macht sich der Fachkräftemangel massiv bemerkbar. Dies trifft alle Verwaltungen, da nun die Generation der „Babyboomer“ in den Ruhestand tritt. Für die Ebersbacher Stadtverwaltung bedeutet dies, dass in den nächsten 15 Jahren 60 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses in den Ruhestand treten. Nur als attraktive Arbeitgeberin können wir auf dem Fachkräftemarkt bestehen. Das bedeutet, dass wir gute Arbeitsbedingungen bieten, unsere Anstrengungen in der Ausbildung weiter vergrößern und attraktive Qualifizierungsangebote für Quereinsteiger schaffen müssen. Dies alles benötigt Ressourcen, die wir einsetzen werden, damit unsere Verwaltung auch zukünftig leistungsfähig bleibt und den Bürgerinnen und Bürgern einen guten Service bieten kann.

Wir rüsten uns: gegen Hochwasser und Starkregen. Noch in diesem Jahr wird das Ergebnis des Starkregenrisikomanagements vorliegen. [Vorgemerkt für Sitzung 17.12.] Die Überschwemmungen dieses Jahr in der Kernstadt, letztes Jahr in Roßwälden und Weiler haben uns den dringenden Handlungsbedarf deutlich aufgezeigt. Wir werden mehr in den Schutz vor Oberflächenwasser investieren. Ein erster Schritt wird in Roßwälden erfolgen: Nach erfolgreichem Abschluss der Grundstücksverhandlungen kann nun eine erste Entlastung hergestellt werden.

Gleichzeitig bedeuten größere Niederschlagsmengen auch, dass wir nun die lange aufgeschobene Aufdimensionierung unseres Kanalnetzes stringent angehen müssen. Dazu werden wir auch den allgemeinen Kanalisationsplan im kommenden Jahr in den wesentlichen Punkten neu berechnen lassen. Als erste große Maßnahme ist für das Jahr 2020 die Erneuerung des Kanals in der Gottlieb-Haeefe-Straße vorgesehen.

Gleichzeitig beginnen die Planungen zu einer Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Fils. Diese Kosten werden vom Land mit 70% bezuschusst, wofür wir uns auch an dieser Stelle bedanken. Wir sehen das Land aber auch in der Pflicht, sich an den später anfallenden Baukosten mindestens im selben Umfang zu beteiligen.

Wir schützen uns: für unsere Feuerwehr werden wir im kommenden Jahr ein neues Fahrzeug in Dienst stellen. Mit dem Wechsellader wird es möglich, notwendige Ausrüstung schnell zu den Einsatzorten zu bringen. Durch unterschiedliche Abrollbehälter können dies Sandsäcke, Löschwasser oder Materialien für die technische Hilfeleistung sein. Ebenso haben wir in den Finanzplan Gelder für die Ersatzbeschaffung eines Kommandowagens eingestellt. In den Haushalt aufgenommen haben wir ein neues Fahrzeug für Büchenbronn. Damit setzen wir die Investitionen in die Feuerwehr fort. Gutes Gerät für unsere freiwilligen Feuerwehrfrauen und -Männer sowie ein hervorragender Schutz für unsere Bürgerinnen und Bürger waren und sind uns besonders wichtig.

Wir schaffen und erhalten uns: eine lebenswerte Stadt mit Räumlichkeiten für Sport und Gemeinschaft. Eine wesentliche Grundlage hierfür sind das in diesem Jahr abgeschlossene integrierte Stadtentwicklungskonzept sowie die Dorfentwicklungskonzepte. Hier wurden zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die entscheidenden Weichen gestellt. Nun geht es an die Umsetzung.

Im kommenden Jahr werden wir das Konzept für den Viehmarkt weiterentwickeln. Dieses städtebauliche Schlüsselprojekt muss zur Belebung der Innenstadt beitragen. Gleichzeitig muss mit diesem Projekt ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung des städtischen Gebäudebestands geschafft werden, indem hier Einrichtungen wie Bibliothek und VHS konzentriert und der kommunale Raumbestand konsolidiert werden. Mit einem neuen Konzept wird in den barrierefreien Räumen ein Mehrwert entstehen, eine Bibliothek als „Dritter Ort“.

Weiter gehen die Arbeiten an der Mehrzweckhalle Bünzwangen. Nach Büchenbronn bekommt damit ein weiterer Stadtteil zeitgemäße und moderne Räumlichkeiten für Sport, Ehrenamt und Bürgerschaft. Es zeichnet unsere Stadt besonders aus, dass wir die Örtlichkeiten für das Zusammenkommen nicht in der Kernstadt konzentrieren, sondern unsere Stadtteile hier mit einer guten Infrastruktur ausstatten. Nur so kann Gemeinschaft erhalten bleiben und bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden. Gerade das Ehrenamt ist auf dezentrale Strukturen angewiesen, um vor Ort erfolgreich zu sein. Um diese Investitionen stemmen zu können, müssen aber auch die jeweiligen Stadtteile ihren Beitrag leisten. Die weitere Umsetzung der bereits erwähnten Dorfentwicklungskonzepte und des ISEK leistet dazu einen entscheidenden Beitrag. Die Mittel für die nächsten Schritte haben wir in den Haushalt eingeplant.

Wir entwickeln uns: denn Stillstand können und wollen wir uns nicht leisten. Dazu gehören neue Wohngebiete in Bünzwangen und Roßwälden. Nach einer langen Planungsphase und Unwägbarkeiten in Grundstücksfragen können beide im nächsten Jahr in die Umsetzung gehen. Die Kosten für Erschließung und

Grundstückserwerb sind im Haushalt bzw. für die kommenden Jahre im Finanzplan eingestellt.

Weiter vorantreiben werden wir die Entwicklung von Gewerbeflächen in der Strut. Der gegenwärtig drohende Verlust von 2000 Arbeitsplätzen (laut IG Metall) im Filstal zeigt, wie wichtig attraktive Flächen zur Weiterentwicklung bestehenden und Ansiedelung von neuen Betrieben sind. Wir stecken mitten im Strukturwandel. Um diesen bewältigen zu können, muss auf zusätzlichen Flächen Neues entstehen können, bevor Altes vergeht. Denn auch die Konversion von Gewerbeflächen benötigt Zeit. Zeit, in der keine Arbeitsplätze angeboten werden und in der auch keine Gewerbesteuer an die Kommune fließt. Dabei ist die Gewerbesteuer eine unserer wichtigsten Einkommensquellen, ohne die wir weder unseren laufenden Verpflichtungen nachkommen, noch Geld für Investitionen bereitstellen könnten.

Auch die Firmen müssen im Werben um Fachkräfte bestehen. Dazu brauchen sie attraktive Gebäude, eine gute Infrastruktur und kurze Wege zu Freizeitangeboten und Einkaufen. Im Gewerbepark Fils können wir diese bieten. Dazu passt auch der hohe Anspruch, den wir an das Gebiet anlegen, z.B. in Bezug auf Dachbegrünung und Wertigkeit der Ausgleichsmaßnahmen.

Wir sind uns sicher, dass die guten Argumente für die Verwirklichung des Gewerbeparks Fils überzeugen und sich auch die Mehrheit der Uhinger Bürgerinnen und Bürger am 26. Januar für die Fortsetzung des gemeinsamen Projektes aussprechen wird.

Wir trauen uns: Zu Transparenz und Bürgerbeteiligung. Beim Gewerbepark und unseren weiteren Vorhaben. Das ISEK und die Dorfentwicklungskonzepte haben es vorgemacht, wie erfolgreiche Bürgerbeteiligung aussieht, die keine unerfüllbaren Erwartungen weckt. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Beim Gewerbepark werden wir parallel zum Bürgerentscheid in Uhingen auch in Ebersbach breit über das Projekt informieren. Dabei sollen kritische Punkte wie die Fragen nach dem ökologischen Ausgleich, der Verkehr und der Flächenverbrauch nicht unter den Tisch fallen. Unser Ziel ist die verantwortungsvolle Weiterentwicklung unserer Stadt. Dies gilt auch für die Nachverdichtung und die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen.

bei weiteren Vorhaben gilt es rechtzeitig zu informieren und die Hintergründe offenzulegen, nicht nur bei der Information der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch gegenüber dem Gemeinderat und den Ortschaftsräten. Hier müssen Positionen offen ausgetauscht und Prämissen für die Umsetzung ausgehandelt werden können. Dies kostet Zeit und Mühe. Aus meiner Sicht sind wir es aber den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, hier offen um Lösungen und Ausgestaltungen zu ringen, statt im Vorfeld alles in Hinterzimmergesprächen festzuzurren und die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dies untergräbt die Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen und führt zu verhärteten Linien, die die Umsetzung vieler für die Stadt wichtiger Vorhaben gefährden können. **Wir trauen**

uns, die offenen Debatten zu führen und die notwendigen Kompromisse einzugehen.

Wir vertrauen uns: Verwaltung und Gemeinderat, spielen sich nicht gegenseitig aus. Wir diskutieren in der Sache und suchen die besten Lösungen für unsere Stadt. Dabei treffen wir keine versteckten Absprachen, sondern entscheiden transparent und im Sinne der besten Lösung für unsere Stadt Ebersbach an der Fils. Wir stehen zu unseren getroffenen Entscheidungen und vertreten diese gemeinschaftlich nach außen.

Wir bilden uns: Der Ausbau der Kinderbetreuung steht auch im kommenden Jahr ganz oben auf der Agenda. In der Stadt fehlen bereits aktuell 6-8 Gruppen um die Nachfrage befriedigen zu können. Die Verschiebung des Stichtags zur Einschulung, wie er von der Landesregierung beschlossen wurde, wird zu einem weiteren Mehrbedarf von zwei Gruppen führen. Dieser Mehrbedarf ist nur über die Errichtung eines neuen Gebäudes abzubilden. Die vorgesehene sechsruppige Einrichtung in der Kernstadt ist notwendig, um zeitnah wenigstens den dringenden Bedarf decken zu können. Ein dezentraler Ausbau erweist sich als zu ressourcenintensiv, als dieser von Verwaltung, Planern und Baufirmen geleistet werden könnte. Wir brauchen gute bauliche Voraussetzungen, um eine gute pädagogische Qualität anbieten zu können. Dazu benötigen wir ein auf die Ansprüche der Kinderbetreuung ausgerichtetes Raumprogramm. Ebenso ist die gute Erreichbarkeit der Einrichtung für Eltern aus der gesamten Stadt ein wesentliches Kriterium. Deswegen haben wir den Bau einer zentralen Kindertageseinrichtung in den Haushalt eingeplant.

In unseren Schulen setzen wir die Digitalisierung konsequent um. Im neuen Haushalt sind die Mittel für den Abschluss des Medienentwicklungsplans 1 sowie die erste Tranche für den Medienentwicklungsplan zwei eingestellt. Unsere Schulen sind bei der Medienausstattung Spitze im Landkreis und brauchen auch den landesweiten Vergleich nicht zu scheuen. Die Stadt hat hier bereits viel Geld an allen Schulen investiert, ohne auf die Fördergelder von Bund und Land zu warten. Beide sind nun in der Pflicht, dass die zugesagten Gelder nun auch endlich fließen, damit wir die Digitalisierung auch erfolgreich zu Ende führen können. Die Finanzierung alleine aus dem städtischen Haushalt wird auf Dauer nicht möglich sein.

Eine große Aufgabe wird die Weiterentwicklung unseres SBBZ an der Hardtschule sein. Hier werden bereits erste Gespräche geführt. Wichtig ist, dass wir mittelfristig wieder mehr Kinder in den Gebäuden der Hardtschule beschulen können. Gingen an dem Standort noch vor wenigen Jahren fast 1000 Kinder zur Schule, so sind es aktuell keine 500. Der Sachkostenbeitrag pro Schüler beträgt 2020 für Schüler an der Werkrealschule 1312 €, am SBBZ mit Schwerpunkt Lernen 2576 €. Auch wenn die Beträge nur zum kleinen Teil für den Gebäudeunterhalt verwendet werden können verdeutlichen sie, wieviel Geld der Stadt durch die Aufhebung der weiterführenden Schule an der Hardtschule verloren geht. Bis auf den Unterbau muss nach wie vor die komplette Schulinfrastruktur inklusive Heizung und Reinigung vorgehalten werden. Zur Weiterentwicklung des Schulstandorts muss der seit Jahren leerstehende Unterbau einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Stadtverwaltung ist in ersten

Sondierungsgesprächen mit dem SBBBZ, dem staatlichen Schulamt Göppingen sowie dem Landkreis, um hier eine gute Entwicklung auf den Weg bringen zu können. Wir sind zuversichtlich, dass hier in absehbarer Zeit ein Konzept für den ganzen Schulstandort entwickelt werden kann, das auch ein Nutzungskonzept für den Unterbau beinhaltet. Dies ist um so wichtiger, als der Unterbau zu keiner entscheidenden Entlastung bei der Kinderbetreuung führen kann. Der früher vorhandene Kindergarten umfasste lediglich eineinhalb Gruppen (eine vollwertige und eine Kleingruppe). Nach den aktuellen Vorgaben des KVJS wäre im Bestand keine Betriebserlaubnis mehr zu erlangen. Für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten im Unterbau fehlt die notwendige Fläche für das Außengelände. Zudem müsste das Gebäude nicht nur saniert, sondern auch komplett umgebaut werden, um die aktuellen Vorgaben zu erfüllen. Neben dem Umbau der Sanitäranlagen müsste die gesamte Treppenanlage ausgetauscht werden. Die Sanierung der Fenster und technischen Anlagen muss aber auch bei einer zukünftig schulischen Nutzung erfolgen. Die Gespräche mit den Beteiligten werden wir auch im neuen Jahr fortsetzen und den Gemeinderat informieren, sobald sich erste Konturen für die zukünftige Entwicklung abzeichnen.

Unser Haushaltsentwurf enthält neben den Pflichten für das kommende Jahr aber auch Geld zum Feiern: 850 Jahre Ebersbach an der Fils.

Wir feiern uns: Mit einem bunten und abwechslungsreichen Jubiläumsprogramm. Das ganze Jahr über werden wir mit einer Vielzahl von Veranstaltungen das Festjahr begehen. Höhepunkte werden neben dem Auftakt am 15. Februar vor allem das Jubiläumsfestwochenende vom 10. Bis zum 13. Juli. Dem VEV danke ich an dieser Stelle besonders für das Engagement und die Organisation dieses herausragenden Festwochenendes. Aber auch die Vereine, das Gewerbe die Kirchen, Schulen und Kindertageseinrichtungen haben sich mächtig ins Zeug gelegt, so dass ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt werden konnte, bei dem jeder auf seine Kosten kommt.

Feiern Sie mit!

Wir bedanken uns bei den Ehrenamtlichen, die sich für unsere Stadt einsetzen, ganz besonders im Jubiläumsjahr 2020. Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Sie sorgen jeden Tag dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger mit Ihren Anliegen auf offene Ohren stoßen und finden, wenn immer möglich eine Lösung für die vorgetragenen Wünsche. Unser Team sorgt dafür, dass Ihre Sitzungen vorbereitet und Ihre Beschlüsse umgesetzt werden. Sie stehen ihre Frau und ihren Mann auch in schwierigen Situationen und haben stets das im Blick, unsere Stadt jeden Tag etwas weiter voran zu bringen.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei Ihnen. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat war auch im vergangenen Jahr stets konstruktiv und auch bei kontroversen Themen war es möglich, einen Kompromiss und eine Lösung zu finden. Das ist nicht selbstverständlich! Es macht mich aber zuversichtlich, dass wir gemeinsam die Stadt in eine gute Zukunft führen. Dass wir trotz der

schwierigen Finanzlage die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen können. Worin sie liegen, zeigt das vorgelegte Zahlenwerk. Das ausgewiesene Defizit zeigt, dass wir ohne weitere Unterstützung durch Bund und Land nicht in der Lage sein werden, unsere Pflichtaufgaben im gegebenen Umfang erfüllen zu können. Dabei muss ich betonen, dass wir nach dem „alten“ – dem kameraleen Haushaltsrecht sehr gut dastehen würden. Das NKHR verpflichtet uns aber, Abschreibungen auszuweisen und diese zu erwirtschaften. Auch das wäre kein Problem, würden uns nicht gesetzliche Verpflichtungen in weitere Investitionen zwingen. Wenn ab 2025 der Rechtsanspruch auf Ganztagesgrundschulkindbetreuung tatsächlich kommt, dann muss der Bund die dafür notwendigen Ausgaben auch vollständig übernehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, wird es keiner Kommune mehr gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der Vorgelegte Haushaltsplan soll deswegen auch als Signal in diese Richtung verstanden werden.

Wie Sie sehen, haben wir uns für das neue Jahr trotzdem viel vorgenommen:

Wir strukturieren uns mit der Organisationsentwicklung. Wir rüsten uns für Starkregen und Hochwasser. Wir schützen uns mit weiteren Investitionen in die Feuerwehr. Wir erhalten und schaffen uns durch Umsetzung der Stadt- und Dorfentwicklungskonzepte. Wir entwickeln uns durch neue Baugebiete und den Gewerbepark Fils. Wir trauen uns zu mehr Transparenz und Beteiligung. Wir vertrauen uns in der Zusammenarbeit. Wir bilden uns durch mehr Kinderbetreuungsplätze, Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schulstandorte. Wir feiern uns: 850 Jahre Ebersbach und 45 Jahre Stadt Ebersbach an der Fils. Wir freuen uns: auf das kommende arbeitsreiche und intensive Jahr 2020!